

# Social-Demokrat

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweitzer

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

**Bestellungen** werden ausser von jedem soliden Spediteur auch unentgeltlich von Inserate (in der Exped. Arbeiter-Annoncen mit

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bower, 8. Little New-Port  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour

**Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.**

## Politischer Theil. Deutschland.

\* **Berlin, 6. Oct.** [Ueber Lassalle und Schulze] bringt der „Publicist“ einen Artikel, den wir als interessante, vielfach, wenn auch nicht durchgängig richtige Meinungsäußerung unsern Lesern nicht vorenthalten wollen:

Der Berliner Arbeiterverein hat bekanntlich neuerdings auch das allgemeine Stimmrecht auf seine Fahne geschrieben, und die gleichstrebenden andern Vereine sind ihm darin gefolgt.

Das ist eine Schwankung nach dem Lassalleanismus hin, die im Uebrigen kaum auffällig erscheinen kann.

Herr Schulze (Deligisch), als er mit seiner „Selbsthilfe“, seiner „Bildung“ und seinem „Sparen“ auftrat, wurde zur Ueberraschung der denkenden Menschheit als der Apostel einer neuen Lehre gefeiert, und zwar nicht bloss von den Arbeitern, sondern auch von dem selbstständigen Handwerkerthum.

Und doch war, was er sagte und lehrte, durchaus alt und abgegriffen. Die Spar- und Consumvereine, ebenso die Darlehensbanken kannte man lange vor Herrn Schulze. Indessen der Anbetungsdrang will sein goldenes Kalb haben, und dieser Drang war so stark und hat Jahre hindurch so fest vorgehalten, daß er zu den Dingen zählte, gegen die sich mit den Waffen des Verstandes nichts machen läßt.

Mit dem Aufstehen Lassalle's mußten die schon blaffen Schulze'schen Doctrinen nothwendig noch mehr erblassen. Der Schulzeanismus hat lange dagegen operirt; die Schulze'schen Arbeiter-Versammlungen haben sich lange damit beschäftigt, die Anhänger Lassalle's, wenn sie sich bilden ließen, mundtot zu schreiben oder auch, sie auf die Straße zu legen. Auf die Dauer indessen konnte sich diese Polemik der That natürlich nicht haltbar erweisen.

Auch das Verdächtigen Lassalle's und seiner Anhänger, als ob sie im Dienste der Reaction ständen, half nicht und wird ferner nichts helfen. Wenn Schulze sagte: Helft Euch selbst, so war die natürliche Frage: womit? Schulze antwortete: Dadurch, daß Ihr spart, einzeln und mitammen, und daß Ihr gebildet werdet! Die Arbeiter haben sich aus Sparen um auf die Bildung gelegt: sie sangen aber an einzusehen, daß sie damit materiell bis heute nicht weiter gekommen sind. Lassalle dagegen sagte: Ihr könnt Euch durch Euch selbst nicht helfen, also muß der Staat Euch helfen, und damit Ihr künftig den Staat habt, darum müßt Ihr mit den übrigen Staatsbürgern ein gleiches politisches Stimmrecht haben. Das heißt: es ist ein politischer Sieg, dann die sociale Reform.

Wenn nun der Arbeiter zwischen diesen beiden Maximen zur „Lösung der Arbeiterfrage“ zu wählen hat, so kann darüber, für welche Maxime er sich schließlich entscheiden wird, eigentlich gar kein Zweifel sein. Es ist in der That nur eine Wahl zwischen Steinen und Brod. So lange der Nimbus ausbleibt, kraft dessen die her-

vorgetretensten Parteiführer die rein sociale Arbeiterbewegung politisch ausnutzen durften; so lange jeder Widerspruch gegen diese Ausnutzung noch eine politische Sünde war, — so lange konnten die Schulze'schen Theorien, bei aller abgehandenen Schabart, auf eine blinde Anhängerschaft rechnen. Mit dem mäßigen Schwinden des Drucks eines kategorischen Parteidictums mußten dagegen auch diese Theorien ihre mehr als seltsame Evangelium-Autorität verlieren, mit denen eine politisch verzwickte Zeit sich umkleidet hatte.

An diesem Wendepunkt, scheint es, sind wir jetzt angekommen. Herr Schulze hat sich in seiner letzten Sonntagsrede, eingewoben in eine Menge hübsch construirter, sonst aber nichtsagender, Sätze über „freie Arbeit“ für das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen. Er giebt also, mehr klug als consequent, der in die Arbeiter-versammlungen gekommenen neuen Strömung nach und stellt sich, wiederum mehr klug als consequent, um das eigene System zu halten, mit einem Bein mitten in den Kern des Lassalle'schen Systems hinein.

Was Herr Schulze bei dieser Operation sich denkt und was er bezweckt, könnte klar sein, wenn man ihm ein egoistisches Motiv imputiren wollte. Das wollen wir indessen nicht, und darum verstehen wir Herrn Schulze in seiner Logik sehr ganz und gar nicht mehr.

Lassalle strebte mit seinem allgemeinen Stimmrecht einen „Arbeiterstaat“ an, und wie heute der politische Zug durch die Arbeiterbevölkerung geht, verlangt man das allgemeine politische Stimmrecht nicht bloss als eine politische Rechtsgleichheit, sondern als ein Mittel, die Lösung der Arbeiterfrage im Sinne und im Interesse der Arbeiter staatlich und legislatorisch zu dirigiren. Kommt aber die Lösung der Frage in diesem Weg, dann geschieht sie gewiß nicht mehr unter der Divise der freien Concurrenzarbeit, des Sparens und Bildens.

Herr Schulze ist ein Bourgeois, und sämtliche heutige Parteiführer der Linken sind es gleichfalls. Jede „Arbeiterbewegung“, soviel und so lange man es auch verstanden will, ist eher gegen die Bourgeoisie gerichtet, mit der sie nimmer gleiche Interessen und gleiche Ziele haben kann. Herr Schulze, der sich als politischer Parteiführer bisher noch niemals für, wohl aber stets gegen das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen hat, ist also nunmehr auf dem Punkte angekommen, wo er entweder abtreten oder sich gutwillig vom Lassalleanismus verschlingen lassen muß. Mit seiner Erklärung für das allgemeine Stimmrecht am letzten Sonntag im Berliner Arbeiterverein, unter Aufrechthaltung seiner Bildung- und Spardoctrine, ist er, überdies ein Rentenbezieher, ein lebendiger Widerspruch mit sich selbst.

— [Ueber den Abgeordnetentag] schreibt die „Volksgtg.“:

Das müssen wir zur Steuer der Wahrheit allen seinen Anklägern in's Antlitz sagen, daß sie lügen, wenn sie den Abgeordnetentag als principieell feindlich dem deutschen Verus Preußens darstellen und sich dabei mit einer Loyalität brüsten, welche sie würdig macht, von der Kreuzzeitung mit respektvollem Lobe citirt zu werden. Wir vertheiligen und billigen weder einen Theil der Reden, noch ganze Stücke der Resolutionen des Abgeordnetentages; aber die Thatfache müssen wir doch hervorheben, daß er die Zugeständnisse, welche die schleswig-holsteinischen Vereine im März v. J. an Preußen gemacht haben, gebilligt hat. Diese Zugeständnisse aber sind gerade im bundesstaatlichen Sinne unendlich viel größer als diejenigen, welche der Gasteiner Vertrag stipulirt hat. Diesen Zugeständnissen nach behaupten,

halb verworrenen, halb unehrlichen Ankläger, die sich in den Wirbeln des Machtfragerthums ganz und gar verloren haben.

Es ist selbstverständlich, daß, da der Abgeordnetentag selbst nicht wußte, was er wollte, auch seine Beurtheiler dies nicht genau anzugeben vermögen, woraus sich die Verschiedenheit der Urtheile hinlänglich erklärt.

— [Der preussische Abgeordnete Groot] hat sich bewogen gefunden, die vielen unnützen Schreibereien, zu welchen der Abgeordnetentag Veranlassung gegeben hat, um eine neue in Form einer „Erklärung“ zu vermehren. Dieses Schriftstück, welches auch seinerseits die Zerfahrenheit der Bourgeoisie in der großen, für alle vernünftigen Menschen so überaus einfachen nationalen Sache beweist, beginnt also:

Ich gebe von der Ueberzeugung aus, daß lebhaftig das ganze deutsche Volk darüber zu entscheiden hat, in welches Verhältnis ein einzelner Theil zu ihm treten solle und welche Sonder-Verfassung es diesem Theile gestatten dürfe. Es besteht daher für mich kein Selbstbestimmungsrecht von Schleswig-Holstein unter bloßer Beschränkung desselben durch die deutschen Interessen, sondern umgekehrt ein Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, unter bloßer Ueberlassung reiner Stammes-Interessen an die Selbstverwaltung des Stammes. Ich kann indeß nicht zugeben, daß ein wenn auch immer so großer und mächtiger deutscher Einzelstaat plötzlich in diese dem deutschen Gesamtvolke zustehende Berechtigung eingeschoben werde. Zwar habe ich mich der Idee nicht verschließen können, daß eine der Lösungen unserer deutschen Fragen darin bestehe, Preußen als den Kern hinzunehmen, an den sich das übrige Deutschland anzuschließen habe. Dieses Preußen ist aber augenblicklich in seinen Trägern von einem spezifisch-preussischen Gesühle beherrscht, das es nach meiner innigen Ueberzeugung zu einer Verwirklichung der ihm durch seinen geschichtlichen Entwicklungsengang angewiesenen Sendung unfähig macht. Diese Sendung darf nicht darin gesucht werden, in Deutschland eine Herrschaft üben zu wollen, die nur dem spezifischen Preußenthum zu Gute kommt, sondern muß sich auf die Selbstverlängerung gründen, das preussische in ein gesamt deutsches Bewußtsein übergehen zu lassen.

Der Schluß des Schreibens lautet:

Ich kann es an und für sich nicht billigen, daß in einem Augenblicke, wo die allgemeine Sehnsucht aller patriotischen Deutschen gebieterisch den Wiederaufbau eines großen deutschen Staatswesens verlangt, dem die höheren staatlichen Thätigkeiten zugewandt werden, ein neuer Kleinstaat sich rekonstruire, der unter loser Einflügung in das deutsche Bundesverhältnis eine souveräne Gewalt für sich anspricht. Aber da das deutsche Vaterland selbst einer staatlichen Organisation entbehrt und sich keiner der Einzelstaaten Deutschlands in einer Verfassung befindet, um den natürlichen Vertreter dieses noch nicht vorhandenen deutschen Staates bilden zu

können, so kann ich in der That nicht umhin, eine solche Sondergestaltung für das geringere Uebel anzusehen, und dabei dann dem Volkswillen der Schleswig-Holsteiner die Berechtigung zuzuerkennen, die ich unter anderen Umständen dem ganzen deutschen Volke vorenthalten muß.

Es ist nicht zu verkennen, daß verschiedenen andern Schreiben gegenüber diese Erklärung immer noch eine vergleichungsweise erfreuliche ist.

damit sie daran ein Beispiel nehmen, verleset ihnen die Rolle unserer Todten, die da schlafen vom Potomac bis zum Rio Grande, eingezungen zur ewigen Freiheit; zeigt ihnen, auf die Schultern gehoben unsere hochberzigen Verstummelten, die geblutet und gelitten, nicht für ihre Unterdrückung, sondern Schanzgen gestirmt für die Freiheit des armen verachteten farbigen Mannes. Kein Knecht soll die freie Luft dieses Landes atmen, sei eure Loosung.

**Wien, 2. Oct.** [Zum deutschen Elend.] Die „Presse“ schreibt:

Um die volle Wahrheit zu sagen, nicht das System, der Regierung, nicht der Lärm der Gehen erfüllt und mit so tiefer Besorgniß, als die Haltung der Deutschen selbst. Statt eines gemeinsamen Auftretens, hundertfältiges Auseinandergehen; statt entschiedenen Beharrens das Hervorkehren der Extreme; statt eines positiven Programms, vorwiegend negatives Protestiren; statt eines politischen Aufschwungs, topfhängerisches Resigniren. Sicherlich wird der augenblicklichen Bewegung wieder die Gegenfluth folgen; sicherlich wird die Regierung bald wieder Rath in dem ehrlichen Willen, und eine Stütze in der hervorragenden Kraft des Deutschen suchen. Aber sicherlich wird dieser Moment hinausgeschoben, wenn die Deutschen ihre Organisation vernachlässigen.

Diese jämmerlichen Leute klammern sich noch immer mit treuem Particularismus an ihre alterthümliche österreichische Monarchie an. An einer andern Stelle des Blattes wird darüber gemurmelt, das Oesterreich die Bundesreform nicht fördere. Man sieht, wie diese Leute nicht über das Bestehende hinauskommen und zu einer wirklich neuen Idee sich nicht zu erheben vermögen. Die deutsche Bourgeoisie ist überall dieselbe, in Oesterreich wie in Preußen, in Hannover wie in Bayern — nicht durch sie kann die deutsche Einheit kommen.

**Frankfurt, 4. Oct.** [Ein Todter.] Man wird glauben, wir wollten vom Bundestag sprechen; dem ist nicht so; wir wollen mittheilen, daß für die diesjährige General-Versammlung des Nationalvereins (am 29. u. 30. d. M. im großen Saale des hiesigen Saalhauses) von dem Ausschusse folgende Tagesordnung festgesetzt ist: 1) der politische Bericht; 2) der geschäftliche Bericht; 3) die schleswig-holsteinische Angelegenheit; 4) der Proceß gegen die Mitglieder des Nationalvereins in Koffod; 5) die Verwendung der Zinsen des Flottenfonds; 6) die Jugendwehr im Verhältnis zur deutschen Wehrfrage; 7) die Neuwahl des Ausschusses; 8) die sonst eingelaufenen Anträge.

**Hannover, 3. Oct.** [Weltgeschichtliches.] Unsere Ministerkrisis ist noch unerledigt; wie sie enden wird, läßt sich nicht so leicht absehen. Im ganzen macht die Ministerkrisis weniger von sich reden, als dies früher unsehlbar geschehen wäre. Man beginnt zu erkennen, welchen weltgeschichtlichen Werth es hat, ob in Hannover Prinz oder Prinz das Ministerporzellan in Händen hat. Will man sich nochmals am tollen Fasching der Reaktion berauschen, immerhin! Die Aschermittwoch bleibt gewiß nicht aus.

**Kassel, 3. Oct.** [Weltgeschichtliches.] Regierungsdirektor Harbordt zu Hanau, zu den Frommen des Landes zählend, ist hierher befohlen, um das Ministerium des Innern zu übernehmen. Zunächst auftragweise. Indessen bezweifelt man nicht, daß er auch zu definitiver Annahme bereit sein wird, ohne seinem allergnädigsten Herrn zu lästige Bedingungen zu stellen.

— 4. Oct. Die „Kasseler Zeitung“ zeigt in ihrem nicht amtlichen Theil die erfolgte Beauftragung des Regierungsdirektors Harbordt zu Hanau mit der Verrichtung des Ministeriums des Innern an.

## Ausland.

**Paris, 4. Oct.** [Tagesbericht.] Die heutige Wochenschau des Moniteur erhält nichts von besonderem Interesse. Sie bringt einen Ausfall auf den General v. Manteuffel wegen dessen Rede, worin er versichert, daß Nordschleswig nicht abgetreten werden solle, und sagt dann in Betreff Oesterreichs: „Das Manifest vom 20. Septbr. hat in Ungarn einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die bedeutendsten Beförgane von Pesth sagen dem österreichischen Ministerium die freimüthige Mitwirkung des Landes zu. Und wenn man in den westlichen Provinzen des Kaiserstaates hauptsächlich auf Erhaltung der politischen Frei-

heit bedacht ist, so nimmt in den östlichen Provinzen besonders die Nationalitäts-Frage die Aufmerksamkeit in Anspruch.“ — Die France schreibt: „Aus Hlensburg wird uns berichtet, daß in ganz Nordschleswig Adressen an den König von Preußen unterzeichnet werden, worin gebeten wird, daß der dänische Theil des Herzogthums im Verhältnis zur Seelenzahl um den nämlichen Preis abgetreten werden möge, den Oesterreich für Abtretung seiner Rechte auf Lauenburg erhalten habe. Diese Thatsache ist für die Stimmung in Schleswig und als Ergebnis der Politik der Großmächte bezeichnend.“ — Rußland hat bei der Pforte und den anderen Unterzeichnern des pariser Friedens auf Eröffnung einer Untersuchung in den Donau-Fürstenthümern angetragen. Die genannten Mächte haben sich geweigert, diesem Antrag nachzukommen. — Die Cholera ist dahier im Zunehmen.

— [Journalstimmen über den frankfurter Abgeordnetentag.] Der „Constitutionnel“ constatirt, daß die von der Abgeordneten-Versammlung in Frankfurt gefaßten Beschlüsse in allen Punkten der Politik zuwider laufen, welche den Gasfeiner Vertrag inspirirt hat, und macht die Bemerkung, daß dieselben natürlich keinen anderen Werth als den einer einfachen Manifestation haben können. Dessen ungeachtet aber stehe es fest, daß sie den Gefühlen eines großen Theiles von Deutschland und besonders denen der Bevölkerung der Herzogthümer entsprechen, die sich dadurch in ihrem Widerstande gegen den Gasfeiner Vertrag bestärkt fanden. Der „Avenir national“ ist freilich nicht der Ansicht, daß Hr. von Bismarck den Beschlüssen des frankfurter Abgeordnetentages besonders Rechnung tragen werde, meint aber, es könne nicht fehlen, daß sie von den Cabinetten in Paris und London in Erwägung gezogen werden und daß sie den berechtigten Reclamationen der Diplomatie zur Stütze dienen. Die „Opinion nationale“ glaubt, daß, was die materiellen Resultate anbelange, der 3er Ausschuß wahrscheinlich einer unfruchtbaren Arbeit sich unterzogen habe. Die Uebermacht Preußens und Oesterreichs sei zu gewaltig, als daß man sie ohne innere Revolution stützen könne, zu der jedoch die Deutschen weder aufgelegt, noch vorbereitet zu sein schienen. Die Herzogthümer Holstein und Schleswig würden also wohl das Schicksal Lauenburgs theilen; „allein“, fügt Herr Bonneau tröstend bei, der eine andere Anschauung über die Situation in Deutschland hat, als läßlich sein Chef Herr Queroult, „die Demokratie hat jenseits des Rheines zu tiefe Wurzeln geschlagen, um ganz ausgerottet werden zu können. Die Freiheit gährt und lockt von der Ostsee bis zur Donau, und der letzte Sieg gehört den Völkern.“

— 6. Oct. [Neuestes.] In der gestern stattgehabten Versammlung von Actionairen der Suez-Canalgesellschaft machte Herr v. Lesseps bekannt, daß die Gesellschaft noch ein actives Vermögen von 180 Millionen Francs besitze. Die kleine Schiffahrt würde schon im Laufe des Jahres 1866 lohnbringend sein und mit dem Jahre 1868 würden auch die Arbeiten zur Schiffarmachung des Kanals für große Fahrzeuge ihr Ende erreicht haben.

**London, 4. Oct.** [Der Fenierproceß. Socialer Congress.] Aus Dublin wird berichtet, daß der Fenierproceß vorgestern sein erstes Stadium damit vollendet hat, daß vier der Angeklagten, Luby, O'Leary, O'Connor, O'Donovan und O'Reefe, wegen Hochverraths vor das zuständige Gericht verwiesen worden sind. Der Schneider Hopper, den man als den finanziellen Agenten der Bruderschaft ansieht, ist auf den künftigen Montag zur Erneuerung der Voruntersuchung geladen. — In Sheffield wird heute Nachmittag die neunte Jahres-Versammlung des Vereins zur Erörterung socialer Fragen (Association for the promotion of Social Science) eröffnet. Zu den Haupt-Angelegenheiten, welche zur Sprache kommen werden, gehören Beschäftigung und Erziehung von Kindern, Untersuchung über die Verbreitung ansteckender Krankheiten und über die Luftverpeftung in Städten, so wie über die Mittel zur Beseitigung der Gefahren, welchen die Arbeiter in Bergwerken und Fabriken ausgesetzt sind. Die Eröffnungsrede wird der ständige Präsident des